

Deutsche Volkspartei bei ihrer Gründung nicht in der Lage war sich auf einen geschlossenen Ring von Arbeitnehmern zu stützen, während das Zentrum nach 1918 seine Gewerkschaften unverändert beibehielt und die Deutschnationalen die sehr ins Gewicht fallende Arbeiterkraft der ehemaligen Christlich-sozialen und der Deutsch-sozialen Partei in sich aufnahm; es wurde Aufgabe der Parteileitung sein, für die Ausfüllung dieser Lücke zu sorgen. Bei dieser Gelegenheit macht das offizielle völksparteiliche Organ, um die soziale Einordnung der Partei überzeugend unter Beweis zu stellen, eine interessante Entdeckung. Es erklärt in hervorgehobenem Druck, daß 1923 während der Inflation, als Dr. Stresemann Reichkanzler war, gewisse Kreise an ihn herangeraten seien mit der Forderung, er solle das Ermächtigungsgesetz benutzen, um das Schicksal der Arbeiter zu vereiteln und die Gewerkschaften mit einem Federstich zu vernichten. Dr. Stresemann habe aber jede solche Zumutung bedingungslos zurückgewiesen, und diese sozialfreundliche Haltung sei „mit einer scharfen Opposition aus dem Lager des reaktionären Unternehmertums“ beantwortet worden.

Die Sozialdemokratie wird natürlich nicht verfehlen, aus dieser Erinnerung an Vergangenes in ihrem Sinne Kapital gegen das gesamte Unternehmertum zu schlagen. Der „Vorwärts“ tut das prompt durch die Unterstellung, die Ausgestaltung der Sozialdemokratie in der neuen Regierung solle dazu dienen, um einen großen sozialpolitischen Rückschritt auf der ganzen Linie einzuleiten: Die Arbeitnehmerorganisationen sollten der Willkür der Unternehmer überlassen, die Stellung der Angestellten im Betriebe gedrückt, der Arbeiter durch die Wiedereinführung des Achtstundentages unmittelbar gemindert werden, weil die Unternehmer wissen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit wirksame Arbeitsbeschaffung für die kranken Arbeiter herbeiführt; die Unternehmer gebrauchen die richtige Ziellosigkeit, um die Gehälter niedrig zu halten. So viel Behauptungen, so viel Unrichtigkeiten. Wie die wahre Meinung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Unternehmertums ist, das das Unternehmen von einer höheren Warte aus als von dem engen Gesichtspunkte einer augenblicklichen Erparung von Lohngehältern betrachtet, geht aus einer Ansprache des Sprachrohrs der deutschen Schwerindustrie, der „Alltäglichen Zeitung“, hervor, die kürzlich den Standpunkt des maßgebenden deutschen Unternehmertums in folgenden bemerkenswerten Sätzen zusammenfaßt: Die technische Nationalisierung der Arbeitsbedingungen, eine größere Erzielbarkeit des Faktors Arbeitskraft durch höhere Löhne und härtere Arbeitszeit, sowie bessere, von allen Zwangsbedingungen entlasteten Umgang zwischen Unternehmern und Arbeitern. Die Forderung, daß Verkürzung der Arbeitszeit und die Erzeugung verträglicherer und die Preise verteuere, hat sich längst erledigt. Kein Unternehmer von Einfluß und Zukunftssinnung spricht sie mehr aus. Das ist der Geist, der das deutsche Unternehmertum in Wirtschaftlichkeit

seht. Deshalb dürfte auch der von der „Nat.-lib. Verz.“ aufgedeckte Verlust eines kleinen Konzentris, der die Inflation zu einer Untergrabung der Sozialpolitik benutzen wollte, von vornherein auf feinerer Erfolge rechnen, sondern konnte mit einer einfachen Wette des leitenden Staatsmannes im Reine erklärt werden.

Wie hilflos die tendenziösen Unterstellungen des „Vorwärts“ sind, wie sie ausschließlich dem Zwecke agitatorischer Stimmungsmache zu sozialistischen Gunsten dienen sollen, zeigt die diametral entgegengesetzte Auffassung, die der allsozialistische „Völkstaat“ vertritt, indem er darauf hinweist, daß der „Völkstaat“ im Interesse seiner Selbsterhaltung gezwungen sein werde, den sozialpolitischen Forderungen seiner Wähler entgegenzukommen; es dürfe daher angenommen werden, daß für die Sozialpolitik, für das Arbeitszeitgesetz, für Arbeitsruhe und für alle Lohnfragen gute Zeiten kommen würden. Diese Vermutung trifft den Nagel auf den Kopf, wenn sie mit dem selbstverständlichen Vorbehalt versehen wird, daß die Sozialpolitik nicht Selbstwert des Staates ist und nicht sein kann, sondern daß sie sich als eine von den vielen Betätigungen der staatlichen Fürsorge für das allgemeine Wohl in den öffentlichen Gesamtorganismus einzuordnen hat. Sie hängt daher nach Art und Umfang wesentlich von der Voraussetzung ab, daß die nationale Gesamtwirtschaft imstande ist, die ihr durch die Sozialpolitik auferlegten Lasten ohne Schädigung ihrer Lebensbedingungen zu tragen. Daraus folgt, daß die Grenze jeder Sozialpolitik da gezogen werden muß, wo durch übermäßige Belastung die Rentabilität der Betriebe aufhören würde. Daß diese Grenze nicht überschritten wird, dafür bürgt die Summe der wirtschaftspolitischen Intelligenz, die in der neuen bürgerlichen Regierung vereint ist. Von diesem grundsätzlichen Standpunkte aus können sich mit den sozialpolitischen Richtlinien alle bürgerlichen Koalitionsparteien einverstanden erklären. Es wäre eine hohe nationale Ergründung und ein gewaltiger Fortschritt auf dem Wege der inneren Befriedung, wenn das jetzige Kabinett mit einer den Interessen der gesamten Wirtschaft angehenden Sozialpolitik eine so durchschlagende Wirkung erzielte, daß auch solche Kreise von Arbeitnehmern, die heute noch ohne innere Freude der Sozialdemokratie angehängelt sind, von der Ueberzeugung durchdrungen würden, daß die Phrasen vom „Völkbürgerkrieg“ nichts als ein hohles und unwahrhaftiges Schlagwort ist, das durch eine bürgerliche Politik wahrhafter sozialer Gerechtigkeit in seiner ganzen Richtigkeit erwiesen wird. Die Vorbereitungen für einen solchen heilsamen Einfluß der neuen Regierung in der Richtung des sozialen Friedens sind in der Zusammensetzung des Kabinetts durchaus gegeben, vor allem in der verständnisvollen Gemeinschaftsarbeit der beiden großen Koalitionsparteien, die nun vereint ihren heilsamen Bestand an Intelligenz und wirtschaftlicher Kraft dem allgemeinen Nutzen wieder dienlich machen können, wie sie es bereits im ersten Kabinett Luther mit anerkanntem Erfolge getan haben.

**Begnädigung Roldins durch Mussolini?**

Berlin, 29. Jan. Wie wir an bloßgeräuschter Stelle erfahren, ist die Verurteilung des Rechtsanwalts Roldin nicht als der Abschluß des Verfahrens zu betrachten. Es ist bei diesem Verfahren summarischer Natur immerhin noch ein gewisser Aufschub vorzuziehen. Der Verurteilte kann sich an den italienischen Innenminister wenden und an dieser Stelle appellieren. Die Entscheidung des italienischen Innenministers unterliegt der Billigung des italienischen Ministerpräsidenten, also Mussolini. Man zweifelt in Berlin nicht daran, daß Mussolini in einem für uns erfreulichen Sinne von diesem seinem Recht Gebrauch machen wird. Wenn auch Roldin italienischer Staatsangehöriger ist, so wird doch von Berlin aus alles geschehen, was geschehen kann. Die Verurteilung stellt sich als eine Art falschlicher Blasehaft des Nationalitätenkongresses wegen der Bildung der Provinz Bogen dar, die den Trienter Nationalitätenkongress lahmgelegt hat.

**Eröffnung des ungarischen Parlaments.**

Budapest, 29. Jan. Heute mittag fand im Kupferaal des Parlamentsgebäudes die feierliche Eröffnung des neuen Parlaments statt. Die Abgeordneten erschienen mit Trauerkleidern am Arm, um ihrer Lage darüber Ausdruck zu geben, daß Ungarn unter Fremdherrschaft gelangt ist. Die Sozialdemokraten blieben der Feier fern. Reichsverweser Dörfly wurde bei seinem Erscheinen härmlich bedrängt. Er hielt eine Rede, bei der der Fallus über die Notwendigkeit von Verhandlungen mit Jugoslawien beiläufig aufgenommen wurde. In härmlichem Applaus feierte sich der Reichsverweser von der Notwendigkeit eines Zusammengehens mit Italien sprach.

**Zukunftswege der österreichischen Industrie.**

Wien, 29. Jan. Auf dem österreichischen Handelskammertage führte Handelsminister Dr. Schurz u. a. aus: Wenn die Regierung bei ihren unablässigen Bemühungen, durch handelspolitische Maßnahmen der heimischen Industrie Abwehrmöglichkeiten im Ausland zu verschaffen, nicht jenen Erfolg erzielt, den sie erhoffte, so hängt das mit der allgemeinen europäischen Wirtschaftskrisis zusammen. Der Minister verweist in diesem Zusammenhang auf die kommende Weltwirtschaftskonferenz und auf den in der letzten Zeit nun aufgetauchten Gedanken der Schaffung einer sogenannten Partial-Union und erklärte weiter, für die österreichische Industrie sei es von größter Wichtigkeit, daß sie an den internationalen Vereinbarungen sich entsprechend beteilige. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, sind wir aus der aktuellen Krise, die eine Folge der allgemeinen Lage war, in ein Stadium der Depression eingetreten, deren Ende vielleicht und hoffentlich näher liegt, als man allgemein glaubt. Die finanzielle und wirtschaftliche Lage in Österreich berechtigt zu der Hoffnung, daß wir die ersehnten Schwierigkeiten hinter uns haben, und daß es der Wirtschaft gelingen wird, die Vorbedingung einer Besserung unserer wirtschaftlichen Lage zu schaffen. In einem Referat über die Ausdehnung des Wirtschaftsgebietes durch Abschluß von Kollektivverträgen führte Staatsrat Nibel u. a. aus: Für einen allgemeinen Ausbau eines geordneten Wirtschaftsbereichs, das zu einer sich immer mehr zusammenschließenden europäischen Wirtschaftsgemeinschaft führt, ist die Schaffung von Zollunionen zwischen einzelnen Gruppen von Staaten ein kaum entbehrliches Uebergangsstadium. Zwei Richtungen sind zu unterscheiden, die sich auf die Zollunion und die teilweise Zollunion, die sich auf der handelspolitischen Auswertung der internationalen Kartellbildungen bezieht. Es ist zu hoffen, daß das Ergebnis dieser Verhandlungen ein weiterer Schritt zur Erleichterung des internationalen Handels ist und die erste Andeutung einer Wirtschaftsgemeinschaft der europäischen Staaten sein wird, die von einer immer wachsenden Zahl europäischer Wirtschaftspolitiker als Notwendigkeit für die Zukunft angesehen wird. (Lebhafte Beifall.) Am Schluß der Sitzung faßte Kommerzienpräsident Tlauer die vorgebrachten Wünsche und Anregungen dahin zusammen, daß der Handelskammertag die Sozialisierungsüberlegungen und auf Entscheidung gerichteten Tendenzen im Interesse der gesamten Entwicklung der Wirtschaft verwirklicht und unter Aufrechterhaltung des Gedankens der vollen Solidarität der Fernverkehrsstände von dem Volkswirtschaftler, den die Wahlen bringen werden, eine volle Verankerung der Grundlagen der österreichischen Wirtschaft erwartet. (W. T. B.)

**Die Aufnahme des neuen Kabinetts in Berlin.**

Beifall rechts, Gegnerisch von den Demokraten nach links.

Berlin, 29. Jan. Die Morgenblätter nehmen in ihrer Mehrheit zu der am gestrigen Freitag abgeschlossenen Kabinettsbildung Stellung, obwohl die offizielle Betätigung der Ministerliste durch den Reichspräsidenten noch aussteht. Die „Deutsche Tageszeitung“ anerkennt die Tatsache, daß das Zentrum sich von seiner Verbindung mit der Sozialdemokratie losgelöst habe und die starken politischen und wirtschaftlichen Kräfte, die im Lager der Deutschnationalen Volkspartei händeln, nicht länger von der Teilnahme an der Reichsleitung ausgeschlossen hätte, als großen nationalen Gewinn.

Die „Strenz-Zeitung“ stellt fest, die historische Bedeutung dieser Kabinettsbildung für die Weiterentwicklung unseres staatlichen Lebens liegt darin, daß das Zentrum mit der seitlich vorhergehenden Aufassung, nur mit der Linken könne in dieser Republik Politik betrieben werden, gebrochen habe, und weist außerdem darauf hin, der Deutschen Volkspartei gebühre das Verdienst, ehrsichtige Maßnahmen bei der Ueberwindung bestehender Gegenstände für das Zustandekommen der Koalition im Sinne praktischer staatspolitischer Zusammenarbeit geleistet zu haben. Das Märchen vom Bürgerkrieg werde bald zerfallen sein, denn in der neuen Koalition seien alle staatsbehaltenden Kräfte und Berufe vertreten.

Der „Volkswächter“ stellt fest, daß unter tatkräftiger Förderung der zwischen beiden Parteien stehenden Deutschen Volkspartei dieser Bund der Parteien zustande gekommen sei, der großes leisten könne. An seine führenden Männer würden Anforderungen von ganz ungewöhnlicher Höhe gestellt werden und sie würden zu zeigen haben, daß sie sich nicht umsonst um diese Neugestaltung unseres politischen Schicksals so sehr bemüht hätten, wie es in diesen Tagen und Wochen geschehen sei. Alle wahrhaft national gesinnten Kreise des Volkes werden sie bei dieser schweren Arbeit mit ihren besten Wünschen begleiten, ohne ihrerseits Ueberzeugungen aufzugeben, die ihnen seit ihres Lebens teuer geworden seien.

Die „Deutsche Zeitung“ äußert auf Grund der Zusammenlegung des Kabinetts ernste Befürchtungen und schreibt: Wir fürchten, daß die deutschnationalen Minister kaum das, was sie anstrebend zu erreichen und durchzuführen hoffen, werden erreichen können.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ weist darauf hin, daß die Volkspartei in der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses rückhaltlos das Ausmaß ihres Opfers bei dem Versuch auf einen dritten Sitz im Kabinett aufgegeben habe. — Die „Tägliche Rundschau“ sagt sogar, die Vertreter der Volkspartei hätten ihren Anspruch auf das Verkehrsministerium aufrechterhalten.

Die „Germania“ glaubt, daß die Bestimmung der Volkspartei durch Kompensationen gehoben werden solle, die der Volkspartei gewährt würden. Am liebsten hebt das Blatt hervor, daß die Präsentation derats durch die deutschnationale Fraktion mit nur zwei Stimmen Mehrheit erfolgt sei und betont, daß von den vier deutschnationalen Ministern derats und Graef zum rechten Flügel der Partei gerechnet würden.

Das „Berl. Tagebl.“ sagt: Das Uebergewicht der Deutschnationalen gibt der neuen Regierung einen ausgesprochenen reaktionären Charakter, an dem auch die Tatsache praktisch nichts ändern kann, daß ein so entscheidender Republikaner wie Röhrer in das Kabinett neu eintritt. — Die „Voll. Sta.“ nennt das Kabinett eine Herausforderung für jeden Republikaner zur Opposition. Es achte wenig Prophezeiungen dazu, um vorauszuweisen, daß auch in Zukunft die Rolle der Deutschen Volkspartei in der neuen Koalition nicht sehr bedeutend sei. Sie habe ihre Lokale teuer bezahlt. — Rehnlich urteilt der „Völkzeitung“.

Der „Vorwärts“ sagt die Regierung des Bürgerkriegs sei fertig. Von ihrem Wesen zeuge laut ihre Entstehungsgeschichte. Ihr oberstes Programm sei gegeben durch den Geist des Kampfes und des Unterdrückungswillens gegen die Arbeiterkraft. Gegen diesen Geist werde die Sozialdemokratie den schärfsten Kampf führen.

**Die Neunorher Presse zur neuen deutschen Regierung.**

Neunorf, 29. Jan. Die hiesige Presse beschäftigt sich ausföhrlich mit dem Zustandekommen der neuen deutschen Regierung, deren Bedeutung allgemein unterstrichen wird und die von der „New York Times“ als innerer deutscher Vorkrieg bezeichnet wird. Besonders wird die Tatsache unterstrichen, daß sich die bürgerliche Mitte und die

Rechte zum ersten Male mit einer ausgesprochenen Mehrheit zusammengekommen haben. (T. H.)

**London hofft auf Beibehaltung des Stresemann-Kurses.**

(Durch Funkgespräch.) London, 29. Jan. Ueber das neue deutsche Kabinett schreibt der Berliner Korrespondent der „Times“, niemand habe angenommen, daß die Deutschnationalen ihre älteren Führer und reaktionären Mitglieder auszuwählen würden. In den meisten Kreisen sei zuversichtlich erwartet worden, daß der jüngere und fortschrittlicher gesinnte Flügel herankommen werde. Die Tatsache, daß die Deutschnationalen vier Vortreffliches erhielten und dem Zentrum nur drei überließen, sei ein Zeichen für die Fähigkeit ihrer Unterhändler. Es sei sehr unwahrscheinlich, daß in auswärtigen Angelegenheiten die Deutschnationalen Herrn Stresemann dazwischenfahren werden, der zweifellos die erforderlichen Garantien erhalten habe und eine etwaige Obstruktion rasch abwenden werde. Die Ansicht herrsche jedoch vor, daß das Leben der neuen Regierung nur als präfix angesehen werden könne außer wenn sie sehr greifbare Beweise vom Gegenteil ablege.

Weiter berichtet aus Berlin, es sei vielleicht nicht übersehend, daß Republikaner und Demokraten nur wenig Begeisterung für ein Kabinett empfinden, das vier Mitglieder enthält, die offen ihre antirepublikanischen Grundansätze angeben haben. Es könne mit absoluter Autorität erklärt werden, daß keine Veränderung in der deutschen Außenpolitik erwartet werden soll, da Marx und Stresemann die Prinzipien festhalten und entschlossen sind, energisch die Außenpolitik zu verfolgen, die sie eingeleitet haben.

**Vari er Shepliazismus.**

Paris, 29. Jan. Die Zusammenlegung der neuen Reichsregierung wird zunächst nur in einem Teile der Morgenblätter kritisch gemeldet. Während „Echo de Paris“ von dem „reaktionären Kabinett, das Deutschland jemals gehabt hat“, spricht und die Zukunft sehr skeptisch beurteilt, schreibt „Petit Journal“: Ist dieses Ministerium für uns beunruhigend? Ja und nein! Ja, weil wir im vollen Umfange die lebendigen Kräfte des alten Regimes sich wieder regen sehen. Vergessen wir andererseits nicht, daß der Pakt von Locarno unter einem Ministerium abgeschlossen wurde, das drei Deutschnationale, mehrere der Deutschnationalen sehr nahe stehende Volksparteiler und Dr. Geiler enthielt. Das neue Schiff dessen wahrer Pilot Stresemann ist, ist stark rechtsseitig beladen. Man muß abwarten und das neue Ministerium nach seinen Taten beurteilen.

Der sozialistische „Populaire“ schreibt: Sollen wir, die Politiker des gesunden Menschenverstandes und des Vertrauens, die zwei Jahre an der französisch-deutschen Annäherung gearbeitet haben, durch das neue Kabinett einen Gegenstoß erleiden? In Deutschland wie in Frankreich befürchten das viele Leute. Dr. Stresemann beunruhigt es. Auf alle Fälle scheint die Atmosphäre beunruhigend, und bedrohliche Folgen können am inneren und äußeren Horizont der Deutschen Republik auf.

Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ zieht einen Vergleich zwischen dem Kabinett Poincaré und dem neuen Kabinett Marx und erklärt, daß all das, was man über das neue Reichskabinett sage, nicht geeignet sei, die Stellungnahme des Volkes zu ändern. Fahren wir fort, mit allen unseren Kräften zu zeigen, daß Europa verloren ist, wenn es auf die Friedenspolitik verzichtet, die seit zwei Jahren getrieben wird, und daß Frankreich insbesondere in der Verständigung mit Deutschland das Ende seiner Beunruhigung und die praktische und reale Befriedigung finden kann. Erinnern wir alle Parteien und alle Männer, die Männer des Volkes sein wollen, daß sie noch alle Anstrengungen unternommen müssen, denn man ist am entscheidenden Punkte angekommen. Die Sache des Friedens zu verraten, wäre ein unverzeihlicher Verrat. (W. T. B.)

**Annahme der Steuererleichterungsvorlage in Schwerin.**

Schwerin, 29. Januar. Im Landtag wurde der Regierungsentwurf, der die nachträgliche Genehmigung der Steuererleichterungsvorlage vom 15. Dezember 1926 fordert, in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechten mit geringer Mehrheit angenommen. Der Gegenentwurf war von den Parteien der Rechten scharf bekämpft worden. Mit der Annahme des Entwurfs ist zunächst die parlamentarische Krise wegen der Steuererleichterungsfrage beendet. (W. T. B.)

**Keine Teilnahme Moskaus an der Waffenhandelskonferenz.**

Genf als Tagungsort unannehmbar. Moskau, 28. Jan. Sitwinow landete an den Generalsekretär des Völkerbundes eine Antwortnote auf die Einladung zur Teilnahme an der nach Genf einberufenen Sonderkommission zur Abschaffung eines Konventionenwesens über die Herstellung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial durch Privatpersonen. Die Sowjetregierung lehnt diese Einladung, die Genf als Tagungsort der Sonderkommission nennt, als eine Tatsache auf, die darauf abzielt, der Sowjetunion die Möglichkeit zu nehmen, sich an dieser Kommission zu beteiligen. Die Sowjetregierung kann deshalb nicht umhin, diese Einladung als unannehmbar zu betrachten. (W. T. B.)

**Zwangsbehandlung geschlechtlicher Krankheiten in Sowjetrußland.**

Moskau, 28. Januar. Die russische Regierung hat soeben ein Gesetz angenommen, nach dem den staatlichen Gesundheitsbehörden das Recht zusteht, in Fällen, bei denen die öffentliche Gesundheit gefährdet ist, Geschlechtskrankheiten einer Zwangsbehandlung in den staatlichen Spitälern oder Kliniken zu unterwerfen. Die Behandlung erfolgt kostenlos.

**Militärgerichtsurteil gegen einen belgischen Hochstapler.**

London, 29. Jan. Das französische Militärpolizeigericht verhandelte gestern gegen den 27 Jahre alten Dito Sieghan aus Lüttich, der als angeblicher Sohn des Königs von Belgien unter dem Namen „Derson von Terpueren“ im belgischen Gebiet allerlei Hochstapeleien verübt hat, wegen Falschgebens. Der Staatsanwalt beantragte Anstich der Deszendenten für die Beweisaufnahme, da die Sicherheit und das Ansehen der Belgischen Armee gefährdet könnte. Der Verteidiger, ein französischer Offizier, ließ sich diesem Antrage an, worauf das Gericht den Saal räumen ließ. Das nach langer Verhandlung gefällte Urteil lautete für Sieghan wegen Falschgebens auf zwölf Tage Gefängnis. (W. T. B.)

**„Soldatenräte“ in der belgischen Armee.**

Brüssel, 29. Januar. Der Minister für die nationale Verteidigung hat angeordnet, daß in der belgischen Armee bei allen Waffengattungen Ausschüsse gebildet werden sollen, die hier als Soldatenräte aufgeföhrt werden.

**Grippe, Influenza**  
 u. a. Erkältungskrankheiten haben sich Total-Tabletten hervorzuheben. Im Anfangsstadium genommen, verschwinden die Krankheitssymptome sofort. Et. nos. Bestätigung (bis innerhalb 6 Monaten mehr als 1000 Patienten allein aus Arztbüchern eingegangen, darunter v. namhaften Professoren u. aus ersten Kliniken u. Krankenhäusern). Abermals Erfolge! Senden Sie Ihren Arzt! Total ist in allen Apotheken erhältlich. Preis 1/20  
 125 Lth., 646 China, 763 Acad. acst. wtl. ad 100 ampt.